



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

83. Sitzung (Dringlichkeitssitzung)

5. Wahlperiode

Dienstag, 1. Dezember 2009, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider

Inhalt

Feststellung der Tagesordnung gemäß § 73 Abs. 3 GO LT	2	Nächste Sitzung	20
		Mittwoch, 16. Dezember 2009	

Gesetzentwurf der Fraktionen
der SPD und CDU:

**Entwurf eines Gesetzes über die
Errichtung eines Sondervermögens
des Landes „Kommunaler Fonds zum
Ausgleich konjunkturbedingter Minder-
einnahmen Mecklenburg-Vorpommern“
(Kommunales Ausgleichsfondsgesetz
Mecklenburg-Vorpommern – KAFG M-V)**
(Erste Lesung)

– Drucksache 5/2992 –	2
Rudolf Borchert, SPD	2
Ministerin Heike Polzin	4
Birgit Schwebs, DIE LINKE	6
Mathias Löttge, CDU	8
Gino Leonhard, FDP	10
Heinz Müller, SPD	13
Udo Pastörs, NPD	15
Peter Ritter, DIE LINKE	17
Torsten Renz, CDU	18
B e s c h l u s s	20

Beginn: 9.16 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 83. Sitzung des Landtages. Die Mitglieder des Landtages der Fraktionen der SPD und CDU haben gemäß Paragraph 72 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung die heutige Dringlichkeitssitzung verlangt. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet.

Die vorläufige Tagesordnung der 83. Sitzung liegt Ihnen vor. Wird der vorläufigen Tagesordnung widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Damit gilt die Tagesordnung der 83. Sitzung des Landtages als festgestellt.

Nach Paragraph 4 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung benenne ich für die heutige Sitzung den Abgeordneten André Specht zum stellvertretenden Schriftführer.

Ich rufe auf den **einzigsten Tagesordnungspunkt**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Fraktionen der SPD und CDU – Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens des Landes „Kommunaler Fonds zum Ausgleich konjunkturbedingter Mindereinnahmen Mecklenburg-Vorpommern“, auf Drucksache 5/2992.

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und CDU:
Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens des Landes „Kommunaler Fonds zum Ausgleich konjunkturbedingter Mindereinnahmen Mecklenburg-Vorpommern“ (Kommunales Ausgleichsfondsgesetz Mecklenburg-Vorpommern – KAFG M-V)
 (Erste Lesung)
 – Drucksache 5/2992 –

Das Wort zur Einbringung hat der Abgeordnete Rudolf Borchert für die Fraktion der SPD. Bitte schön.

Rudolf Borchert, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Fraktionen der SPD und CDU legen Ihnen heute den Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens des Landes „Kommunaler Fonds zum Ausgleich konjunkturbedingter Mindereinnahmen Mecklenburg-Vorpommern“ auf der Drucksache 5/2992 vor. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf kommen die Koalitionsfraktionen ihrem Versprechen nach, das sie den Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern mit der Verabschiedung des FAG vor knapp sechs Wochen gegeben haben. Unser Bekenntnis lautete: Wir lassen die Kommunen nicht im Regen stehen, sollten die Novembersteuerschätzungen noch unter den Steuerschätzungen vom Mai 2009 liegen.

Der Landtag hat mit dem Beschluss vom 21.10. zum FAG den Gleichmäßigkeitsgrundsatz als verfassungsgemäßes Instrument zur Bestimmung der Höhen des kommunalen Finanzausgleichs bestätigt. Er gilt unabhängig von konjunkturellen und steuerrechtsbedingten Schwankungen der Steuereinnahmen von Land und Kommunen und die Kommunen werden über den kommunalen Finanzausgleich mit dem Anteil von 33,99 Prozent an den Gesamteinnahmen von Land und Kommunen beteiligt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Land und Kommunen sind an den Veränderungen der Steuereinnahmen beider Ebenen gleichmäßig beteiligt. Dies gilt in guten wie in schlechten Zeiten. In guten Zeiten muss also Vorsorge für schlechte Zeiten getroffen werden.

(Udo Pastörs, NPD: Das haben Sie versäumt.)

Bisher hat es in unserem Land keinen Kommunalen Ausgleichsfonds gegeben.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Mecklenburg-Vorpommern hat den Kommunen selbst die Verantwortung für diese Vorsorge überlassen, die die Kommunen in unterschiedlicher Art und Weise und Intensität erfüllt haben.

Mit der Wirtschaftskrise und ihren Folgen hat sich bei vielen Kommunen eine deutliche Vorsorgelücke gezeigt, die sie aus eigener Kraft aber nicht schließen können.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Deswegen müssen sie Schulden aufnehmen.)

Deshalb schlagen die Koalitionsfraktionen der SPD und CDU mit dem Ihnen vorliegenden Gesetzentwurf die Schaffung eines Kommunalen Ausgleichsfonds vor, der die krisenbedingten Mindereinnahmen teilweise ausgleichen soll.

(Udo Pastörs, NPD:
Schuldfonds. Ausgleichsfonds!)

Und langfristig soll er sich stabilisierend auf die kommunalen Haushalte auswirken. Damit werden die Kommunen zukünftig eine bessere Planungssicherheit erhalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist in dieser Intensität oder in dieser Tragweite sicherlich auch einmalig, dass von einem Jahr zum anderen ein dermaßen dramatischer Einbruch auf der Einnahmeseite der Kommunen zu verzeichnen ist. Im Vergleich von 2009 zu 2010 sind es sage und schreibe circa 200 Millionen Euro, von einem Jahr zum anderen, inklusive der circa 30 Millionen Euro, die durch die Novembersteuerschätzung schon zu den altbekannten Zahlen aus der Maisteuerschätzung dazukamen. 200 Millionen Euro von einem Jahr zum nächsten!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit den Mitteln aus dem Kommunalen Ausgleichsfonds werden zunächst die Mindereinnahmen von 27 beziehungsweise 30 Millionen Euro ausgeglichen in den Jahren 2010 und 2011, und zusätzlich werden den Kommunen 2010 und 2011 jeweils weitere 40 Millionen Euro aus Fondsmitteln bereitgestellt. Meine Heimatstadt Waren/Müritz zum Beispiel wird durch den Kommunalen Ausgleichsfonds für 2010 und 2011 zusätzlich jeweils über eine halbe Million Euro erhalten.

(Udo Pastörs, NPD: Mehr Schulden haben. – Irene Müller, DIE LINKE:
Aus Kredit. Aus Krediten.)

Die Mittel aus dem Fonds werden über die Schlüsselzuweisung innerhalb des FAG als Aufstockungsbeträge an die Kommunen ausgereicht.

(Michael Andrejewski, NPD:
Es wird wieder einkassiert.)

Es gibt also kein Antragsverfahren, weil die Zuführungen aus dem Fonds analog den Schlüsselzuweisungen an alle Kommunen ausgereicht werden,

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

die gemäß FAG Anspruch darauf haben.

(Irene Müller, DIE LINKE: Zwangsschulden.)

Wir halten dies nicht nur für ein gerechtes,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

sondern vor allen Dingen auch für ein unbürokratisches Verfahren. Ein solcher Kommunalen Ausgleichsfonds, wie es ihn auch zum Beispiel in Sachsen bereits gibt,

(Zurufe von Irene Müller, DIE LINKE,
und Udo Pastörs, NPD)

speist sich grundsätzlich aus positiven Abrechnungsbeträgen des kommunalen Finanzausgleichs aus den Vorjahren. Führen die Istergebnisse des Ausgleichsjahres zu Nachzahlungen, die höher liegen als veranschlagt, werden diese Mittel beziehungsweise Teile davon dem Fonds zugeführt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese grundsätzlich normale Situation haben wir jetzt aber gerade nicht. Wir befinden uns zum gegenwärtigen Zeitpunkt durch die Finanzkrise genau in der Talsohle der Steuereinnahmen,

(Udo Pastörs, NPD: Woher wissen
Sie das, dass das die Talsohle ist?)

die zusätzlich noch verschärft wird durch die unverantwortliche Steuersenkungspolitik der Bundesregierung. Wir müssen deshalb den Kommunalen Ausgleichsfonds mit einer Kreditaufnahme beginnen und der Kommunale Ausgleichsfonds wird demzufolge in Form eines Sondervermögens des Landes angelegt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die rechtlichen Grundlagen für Sondervermögen des Landes bilden die Vorschriften – logischerweise – der LHO, der Landeshaushaltsordnung Mecklenburg-Vorpommern. Sondervermögen des Landes dürfen nur durch Gesetz errichtet werden, der Höchstbetrag des Fondsvolumens und die zulässige Kreditermächtigung sind zu bestimmen und zu begrenzen. Im Paragraphen 3 Absatz 1 unter Punkt b des Gesetzesentwurfes „Finanzierung des Sondervermögens“ ist die Kreditaufnahme am Kapitalmarkt bis zu einer Höhe von 150 Millionen Euro vorgesehen.

Meine Damen und Herren, der Finanzausschuss hat in seiner 81. Sitzung am 26. November, vorige Woche, auf Antrag der Koalitionsfraktionen vorsorglich die Aufnahme eines zusätzlichen Absatzes 6 in Artikel 1 des Paragraphen 14 des Gesetzesentwurfes des Haushaltsgesetzes beschlossen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Darin wird das Finanzministerium ermächtigt, Bürgschaften bis zur Höhe von insgesamt 150 Millionen Euro zuzüglich der Zinsen für die zur Errichtung des Sondervermögens des Landes „Kommunalen Ausgleichsfonds“ notwendigen Mittel zu übernehmen. So wird die Beschaffung möglichst günstiger Kredite auf dem Kreditmarkt ermöglicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dass das Fondsvermögen unter Wahrung des Anlagegrundsatzes hohe Sicherheit zu bestmöglichem Ertrag anzulegen ist, entspricht unserem Selbstverständnis, sorgsam mit Steuergeldern umzugehen.

(Udo Pastörs, NPD: Wer lacht da?)

Da die Finanzierung des Sondervermögens zunächst durch Kreditaufnahme erfolgt, muss die Kreditsumme einschließlich der gezahlten Zinsen dem Fonds wieder zugeführt werden. Es ist geplant, die 2010 und 2011 aufgenommenen Kredite von bis insgesamt 137 Millionen Euro ab 2013 wieder an den Kommunalen

Ausgleichsfonds zurückzuzahlen. Im Gesetzesentwurf ist vorgesehen, dass Kredite spätestens bis zum Ende des fünften Jahres nach Ausreichung dem Fonds aus den Finanzausgleichsleistungen wieder zuzuführen sind.

Die Guthabenzinsen des Kommunalen Ausgleichsfonds stehen dem Fonds zu. Auch die Kreditzinsen sind vom Fonds zu tragen, aber ausnahmsweise zahlt das Land die Zinsen in Höhe von über 200 Millionen Euro für den Zeitraum 2010 bis 2015,

(Udo Pastörs, NPD: Das ist wohl ein
bisschen viel, 200 Millionen, ne?
Da stimmt doch was nicht.)

über 20 Millionen, und im Haushaltsgesetz haben wir die jeweiligen Zinszahlungen bereits konkret auch eingestellt für 2010 und 2011. Grundsätzlich sind bei der Festlegung von Zuführungen aus den Finanzausgleichsleistungen, den Entnahmen und der Kreditaufnahme des Ausgleichsfonds die Istentwicklung und die voraussichtliche mittelfristige Entwicklung der Finanzsituation der Kommunen zugrunde zu legen. Und zu berücksichtigen ist dabei insbesondere die Entwicklung folgender Indikatoren:

1. die Höhe der Finanzausgleichsleistungen des Landes
2. die Steuereinnahmen der Gemeinden
3. der Finanzierungssaldo nach den kommunalen Kassen beziehungsweise Rechnungsstatistik und
4. der Schuldenstand der kommunalen Haushalte

Das Finanzministerium erstellt für jedes Haushaltsjahr einen Wirtschaftsplan und eine Haushaltsrechnung für das Sondervermögen und damit wird das Parlament regelmäßig über die Fondsentwicklung unterrichtet mit einem Höchstmaß an Transparenz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Wirtschafts- und Finanzkrise ist, wie wir alle wissen, noch nicht überwunden. Wir werden in den Haushaltsjahren 2010 und 2011 noch deutlich mit den Auswirkungen zu kämpfen haben. Insbesondere für das Jahr 2012 ist mit einem erheblichen Handlungsbedarf im Landeshaushalt zu rechnen, falls wir unser Ziel einhalten wollen, die Nettonullkreditaufnahme auch weiterhin einzuhalten.

(Udo Pastörs, NPD: Märchenprinz.)

Deshalb möchte ich zum Schluss meiner Einbringungsrede noch einmal aus finanzpolitischer Sicht klarstellen, mit welchen Maßnahmen das Land die Kommunen in den nächsten Jahren insgesamt unterstützt im Zusammenhang mit dem Ausgleichsfonds. Den Vorwurf, das Land tue zu wenig für die Kommunen, weise ich an dieser Stelle namens der Koalitionsfraktionen zurück.

Durch die gerade abgeschlossenen Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2010/2011 ist allen Abgeordneten hier im Landtag bekannt, in welcher Weise sich die Finanzkrise und die Steuersenkungspakete der Bundesregierung auswirken. Trotzdem hat die Landesregierung Mittel und Wege gefunden, die Koalitionsfraktionen haben das entsprechend unterstützt, krisenbedingte Schwankungen für die Kommunen abzufedern, eine, wie ich meine, gute Leistung.

(Harry Glawe, CDU: Genau.)

Erlauben Sie mir, hier noch einmal die haushaltsverbessernden Maßnahmen des Landes zusammenzufassen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Sehr gut, sehr gut.)

- erstens rund 20 Millionen Euro Übernahme der Zinsbeträge aus dem Kommunalen Ausgleichsfonds bis 2015

(allgemeine Unruhe)

- zweitens 10 Millionen Euro zur Einrichtung oder zur Verstärkung der kommunalen Kofinanzierungsanteile für Projekte aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm sowie weiterer infrastrukturorientierter Förderprogramme

(Harry Glawe, CDU: Sehr gut.)

7,25 Millionen jährlich ab 2010 werden durch die Festschreibung der Mindestweitergabe der Wohngeldeinsparungen des Landes an die Kommunen ab 2010 auf mindestens 42,57 Millionen Euro nicht an die Kommunen weitergereicht. Hierdurch erhalten die Kommunen in den Jahren 2010 und 2011 jeweils 7,25 Millionen Euro mehr als nach bisheriger Rechtslage.

(Harry Glawe, CDU: Das ist auch gut.)

- Weitere 1,5 Millionen Euro werden ab 2010 entsprechend dem Hauptstadtvertrag der Stadt Schwerin zur Verfügung gestellt, und dieses natürlich nicht nur im Haushalt 2010/2011, sondern auch in den Folgejahren.

Insgesamt wird das Land die Kommunen unabhängig vom Ausgleichsfonds also mit über 50 Millionen Euro inklusive der Zinshilfen unterstützen. Darüber hinaus bürgt das Land wie bereits erwähnt mit 150 Millionen Euro für die Kredite des Sondervermögens. Auch das ist nach meiner Meinung eine hervorzuhebende Sicherheitsleistung des Landes, und die sollte man nicht gering schätzen. Alle hier genannten Maßnahmen, einschließlich der Kreditaufnahme und der Bürgschaft, sind bereits in die Haushaltsplanung 2010/2011 eingeflossen und vom Finanzausschuss beschlossen worden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, alles ist transparent dargestellt. Der angekündigte Wirtschaftsplan wird von der Landesregierung zur Beratung des Gesetzesentwurfes ebenfalls vorliegen. Und ich möchte an dieser Stelle noch einmal deutlich hervorheben: Das Sondervermögen „Kommunalen Ausgleichsfonds“ selbst ist und bleibt kommunales Geld, auch wenn das Land angesichts der Wirtschaftskrise hier kräftige Starthilfe geben muss.

Insofern sind die Vorwürfe, insbesondere vom Steuerzahlerbund, es handele sich beim Kommunalen Ausgleichsfonds um einen Schattenhaushalt des Landes, absolut nicht haltbar. Wir haben allen Grund dazu, die Leistungen des Landes ins helle Licht der Öffentlichkeit zu stellen, und müssen uns für unsere Leistungen nicht verstecken.

(Udo Pastörs, NPD: Durch das Licht wird das Ergebnis nicht besser.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Koalitionsfraktionen haben den Kommunen schnelle Hilfe zugesichert, falls die Novembersteuerschätzung unter dem Niveau der Maisteuerschätzung liegen sollte.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die kriegen sich vor Dankbarkeit kaum ein, die Kommunen.)

Heute bereits, am 1. Dezember 2009, vier Wochen später, liegt Ihnen ein Gesetzesentwurf für den Kommunalen Ausgleichsfonds vor. Ich möchte mich an dieser Stelle bedanken bei der Regierung für die schnellstmögliche Unterstützung mit der Bereitstellung des Gesetzesentwurfes. Ich möchte mich bei allen demokratischen Fraktionen aber ausdrücklich bedanken dafür,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

dass wir die heutige Landtagsondersitzung durchführen können,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und ich beantrage namens der Koalitionsfraktionen die Überweisung federführend in den Finanzausschuss und mitberatend in den Innenausschuss des Landtages.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Interesse der Kommunen unseres Landes muss es nach meiner Meinung unser gemeinsames Ziel sein, die Zweite Lesung bereits in der Januarlandtagssitzung zu erreichen. Selbstverständlich müssen Anhörungen durchgeführt werden, aber ich bitte um Verständnis und aktive Mitarbeit, dass wir möglicherweise auch unter Zuhilfenahme von Sondersitzungen dann die Januarsitzung erreichen mit der Zweiten Lesung. Das wäre auch im Interesse der Kommunen, nicht nur ein gutes Gesetz zu machen, sondern dieses gute Gesetz auch schnellstmöglich hier im Landtag zu verabschieden. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Es wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst die Finanzministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Polzin.

Ministerin Heike Polzin: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den letzten Monaten hörte man immer wieder den Allgemeinplatz, dass die Krise eine Chance darstelle, oder auch, dass man aus der Krise gestärkt hervorgehen müsse. Oft wurde aber dabei vergessen zu erklären, wie das eigentlich erreicht werden kann.

(Udo Pastörs, NPD: Das tun Sie jetzt.)

Mit der Schaffung eines Kommunalen Ausgleichsfonds werden wir diesem Anspruch in einer gewissen Weise gerecht,

(Udo Pastörs, NPD: Ach so?! –
Zuruf von Hans Kreher, FDP)

das werde ich gleich erklären, denn der Fonds ist weit mehr als eine kurzfristige Hilfe in der Not.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist
eine langfristige Verpflichtung.)

Es ist ein Instrument, das den Kommunen in Zukunft eine stabilere Entwicklung der Einnahmen sichern soll.

(Udo Pastörs, NPD: Oh Mann!)

Überplanmäßige Steuermehreinnahmen in guten Jahren werden dann genutzt, um hohe Steuereintrübe in schlechten Jahren kompensieren zu können. Dies schafft eine weitaus höhere Planungssicherheit,

(Udo Pastörs, NPD: Wie in der Volkskammer.)

die für die Kommunen ja besonders wichtig ist, denn man kann ja in Krisenzeiten vielleicht den Bau einer Straße verschieben,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

aber die Finanzierung der öffentlichen Bibliothek oder des Jugendklubs darf sich nicht nach Konjunkturzyklen richten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Neue Straßen werden gebaut und die Bibliotheken werden geschlossen. Das ist die Realität!)

Natürlich kann man auch den Vorwurf formulieren – und ich bin mir ganz sicher, dass die Opposition das sogleich tun wird –, der Fonds komme zu spät. Richtig daran ist, dass es in den vergangenen Jahren in der Tat hohe Nachzahlungen an die Kommunen gegeben hat,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja.)

die einfach nur zusätzlich in den damals gut ausgestatteten kommunalen Finanzausgleich geflossen sind.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist es.)

Hätten wir den Fonds schon im Jahre 2007 geschaffen, stünden heute bis zu 170 Millionen Euro für den Ausgleichsfonds bereit.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: In einem Fonds.)

Aber, auch das gehört zur Ehrlichkeit, damals waren alle gemeinsam der Auffassung,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Auch die FDP, oder?)

die Nachzahlungen müssten so schnell wie möglich den Kommunen zur Verfügung gestellt werden,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau.)

trotz sprudelnder Steuereinnahmen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, das war ein Fehler. Das war ein echter Fehler.)

Und auch die Kommunen selbst waren nicht die Letzten, die dies sehr vehement von uns forderten.

(Udo Pastörs, NPD: Alle haben Schuld, keiner ist verantwortlich.)

So wurden damals sogar Gesprächsangebote vonseiten des Finanzministeriums zur Einrichtung eines solchen Fonds unter anderem von Vertretern des Landkreistages mit der Begründung abgelehnt, es handele sich hier um einen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Immer das gleiche Spiel mit denen.)

Die Krise hat jedoch offensichtlich allseits Einsicht wachsen lassen. Wir brauchen bessere Ausgleichsmechanismen. Und da wir nun im tiefen Tal mit diesem Instrument starten, müssen Kredite aufgenommen werden. Diese Kredite werden jedoch innerhalb der nächsten fünf Jahre zulasten des Finanzausgleichsgesetzes getilgt

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und das Land trägt eine Mitverantwortung für die ersten Jahre dieses Fonds, indem es ausnahmsweise die Zinsen dieser Kredite in Höhe von 20 Millionen Euro zahlt. Sollten zukünftig neue Kredite notwendig sein, werden diese jedoch vom Fonds finanziert. Aber auch mögliche Guthabenzinsen stehen dann dem Fonds und damit den Kommunen selbst zu.

Meine Damen und Herren, während der Diskussionen um den Kommunalen Ausgleichsfonds ist mir das Argument begegnet, der Fonds würde im Gegensatz zum Gleichmäßigkeitsgrundsatz stehen. Dem ist nicht so. Es bleibt dabei, dass die Kommunen über den Kommunalen Ausgleichsfonds mit einem Anteil von 33,99 Prozent an den Gesamteinnahmen von Land und Kommunen beteiligt werden. Auch in Zukunft sind Land und Kommunen also von den Veränderungen der Steuereinnahmen beider Ebenen gleichmäßig betroffen. Nun wird aber in guten Zeiten Vorsorge für krisenhafte Entwicklungen getroffen. Der Kommunale Ausgleichsfonds ergänzt somit den Gleichmäßigkeitsgrundsatz.

Nach einem ähnlichen Prinzip wird unter anderem im Bundesland Sachsen verfahren. Dort wurde im Jahr 2008 ein kommunaler Vorsorgefonds eingeführt, der ebenfalls aus der kommunalen Finanzausgleichsmasse gespeist wird.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ja, wie soll es auch sonst gehen?)

Aber natürlich ist dieser Fonds auch eine kurzfristige Hilfe der Kommunen. Ohne diesen Fonds würden den Kommunen rund 137,3 Millionen Euro weniger zur Verfügung stehen.

(Harry Glawe, CDU: Das stimmt.)

Ich bin davon überzeugt, dass die damit verbundene höhere Liquidität der öffentlichen Hand einen zusätzlichen Beitrag zur Stabilisierung der Konjunktur in Mecklenburg-Vorpommern leisten wird.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
So ist es, Frau Ministerin.)

Aus diesem Grund möchte ich mich bei Ihnen, meine Damen und Herren Abgeordnete, ausdrücklich dafür bedanken, dass wir durch die kurzfristige Einberufung dieser Sondersitzung und durch die Einbringung der Koalitionsfraktionen dafür sorgen, dass das Geld auch so schnell wie möglich bei den Kommunen ankommen kann.

(Harry Glawe, CDU: Wir sollten die Kommunen nicht im Regen stehen lassen. –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Darauf verlassen wir uns.

Der Vollständigkeit halber möchte ich jedoch noch hinzufügen, dass dies nicht die einzige Unterstützung für die Kommunen ist. Herr Borchert hat detailliert aufgezählt, wie das Land sich zusätzlich engagiert. Ich sage, wir sind bis an die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit gegangen,

(Stefan Köster, NPD: Die Schulden auch.)

wenn man respektiert, dass zusätzliche Schulden bei dem Thema für uns kein Thema sind.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –
Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Udo Pastörs, NPD: Ach so! –
Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Wenn nun auch noch die neue Bundesregierung auf die berechnete und zahlreiche Kritik hören würde und sich endlich von geplanten Steuersenkungen verabschiedet, dann wäre auch für die Finanzlage der Kommunen sehr viel erreicht,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr gut.)

denn die werden genauso negativ davon betroffen sein. Ich hoffe sehr, dass sich hier der Sachverstand von fast allen Wirtschaftsexperten und vielen Landes- und Kommunalpolitikern durchsetzen wird.

(Udo Pastörs, NPD: Experten!
Sie sind schon so eine Expertin!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf helfen wir den Kommunen in diesen schwierigen Zeiten und schaffen gleichzeitig die Voraussetzung für eine nachhaltige Stabilisierung der Kommunalfinanzen in der Zukunft. Ich freue mich auf konstruktive Diskussionen in den Ausschüssen

(Udo Pastörs, NPD: Bla, bla, bla!)

und bitte um Unterstützung. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schwebs für die Fraktion DIE LINKE.

Birgit Schwebs, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Um es gleich vorwegzusagen, Sie kennen ja unsere Argumente aus der Debatte in der letzten Aktuelle Stunde:

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Nur zu gut, Frau Schwebs. Nach
wie vor falsch, nach wie vor falsch.)

Wir lehnen den Kommunalen Ausgleichsfonds in dieser Form ab.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Wir bleiben dabei, er ist eine Mogelpackung und ein Verschiebehahnhof.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was die
Kommunen davon halten, das müssen
Sie mal Frau Borchardt fragen. Ich
war mit ihr in einer Veranstaltung.)

Mittelfristig gesehen, meine Damen und Herren, ist er noch nicht mal ein Placebo für die kommunalen Haushalte, sondern eine Schlinge, die später langsam zugezogen wird, planungssicher, wie Frau Finanzministerin vorhin feststellte.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das sehen die
Bürgermeister Gott sei Dank anders. Das sehen
die Bürgermeister Gott sei Dank anders.)

Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen machen mit diesem Vorschlag wieder einmal deutlich, unter welchem Motto sie agieren, nämlich: „Nach uns die Sintflut!“

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Wir lassen die Kommunen nicht im
Regen stehen, so heißt das Motto.)

Meine Damen und Herren, an der Notwendigkeit, die kommunale Finanzausstattung zu stabilisieren, führt kein Weg vorbei.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Dass die auf Bundesebene geplanten Steuersenkungen durch CDU/CSU und FDP weitere Einnahmeausfälle für die Kommunen produzieren werden, kann dabei nur ein Aspekt sein. Aber, meine Damen und Herren, es geht um mehr, das haben auch die vergangenen Jahre gezeigt. Immer wieder schlugen bundespolitische Entscheidungen, ob Steuerrechtsänderungen, neue Aufgaben oder Ausgabenkürzungen, auf die kommunalen Haushalte durch. Jede und jeder, der in der Kommunalpolitik verankert ist, weiß um die Auswirkungen vor Ort. Und weil die Situation nicht neu ist, diskutiert DIE LINKE nicht erst seit heute darüber, wie die Finanzen der Kommunen auf stabile Füße gestellt werden können.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Wie wir alle, oder?!)

Das ist eine Herausforderung, die seit Jahren steht. Wir haben die Forderung nach stabilen Kommunalfinanzen seit vielen Jahren immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Und, meine Damen und Herren, wir haben dabei immer wieder betont, dass wir das Problem einer auskömmlichen Finanzausstattung allein auf Landesebene und aus eigener Kraft nicht lösen können. Wir lösen es schon gar nicht mit dem von Ihnen geplanten Ausgleichsfonds, der die finanzielle Situation der Kommunen nicht wesentlich verbessern wird, sondern nur den kommunalen Schuldenberg wachsen lässt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach ja?!)

Das, was notwendig ist, eine wirkliche Gemeindefinanzreform auf Bundesebene, liegt in weiter Ferne.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das können
wir so auch nicht machen, Frau Schwebs.)

So lange, wie wir in dieser Frage nicht tatsächlich vorankommen – und die Chance hätte ja mit der Föderalismusreform bestanden –,

(Heinz Müller, SPD: Ach, Frau Schwebs!)

werden die Kommunen weiter in die Röhre schauen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Haben wir
dagegengestimmt oder wir haben nicht
dagegengestimmt, Frau Schwebs?)

Ja.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

Herr Nieszery, ich habe den Eindruck, Sie haben es auch aufgegeben, dieses Ziel.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Nein, nein, nein, nein!)

Natürlich!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wir leisten hier
konkrete Hilfe. Wir leisten konkrete Hilfe.)

Bis jetzt ist davon nicht so viel zu merken, von Ihrer Oppositionsarbeit auf Bundesebene.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Nach wie vor ist es nicht gelungen, das kommunale Finanzsystem so zu ändern, dass die Kommunen sowohl ihre freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben als auch die ihnen von Bund und Ländern übertragenen Aufgaben hinreichend solide finanzieren können. Das ist die Realität!

Meine Damen und Herren, wir werden es erleben, dass es immer mehr Städten und Gemeinden nicht gelingt, ausgeglichene Haushalte, geschweige denn nachhaltig finanzierte Gesamthaushalte vorzulegen.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Und das wird natürlich der Ausgleichsfonds nicht reparieren können, meine Damen und Herren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist auch nicht sein Zweck. –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Im Gegenteil, mit Nachhaltigkeit hat dieser Fonds, so, wie er angelegt ist, überhaupt nichts zu tun. Die Probleme werden lediglich in spätere Jahre verschoben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist nur eine temporäre Hilfe,
Frau Schwebs. Mehr wollen wir nicht.)

Derweil werden die Einnahmen und Ausgaben der Kommunen, meine Damen und Herren, weiter auseinanderdriften, und zwar nicht nur aufgrund der gegenwärtig zu konstatierenden konjunkturbedingten Mindereinnahmen. Die Ursachen dafür sind vielfältig und liegen auf der Hand:

Erstens. Die Kommunen sind mit zahlreichen Aufgaben betraut, die permanent zu Kostensteigerungen führen, worauf die Kommunen so gut wie keinen Einfluss haben.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Richtig.)

Zweitens. Im Vergleich zu Bund und Land verfügen die Kommunen nur über einen sehr engen Finanzkorridor, sie haben nur wenige Möglichkeiten, bei den eigenen Steuereinnahmen tatsächlich Verbesserungen zu erzielen. Über die Grundlagen der kommunalen Steuern entscheidet nämlich allein der Bund.

Den Kommunen wurden und werden drittens Aufgaben übertragen beziehungsweise die Anforderungen an bestehende Aufgaben werden einseitig erhöht, ohne dass die Verursacher dieser Mehrbelastung hierfür die Finanzierungsverantwortung übernehmen. Und da sind wir sozusagen als Landtag schon gefragt.

Viertens. Über den kommunalen Finanzausgleich wird die finanzielle Mindestausstattung der kommunalen Gebietskörperschaften eben nicht gewährleistet,

(Egbert Liskow, CDU: Wer hat die denn abgeschafft? Wer hat die denn abgeschafft?)

auch nicht, wenn es den von Ihnen geplanten Ausgleichsfonds gibt. Denn zunächst – und das hat mit dem Fonds erst gar nichts zu tun – reduzieren sich die Finanzausgleichsleistungen des Landes an die Kommunen mit der Novembersteuerschätzung noch mal um weitere 27 Millionen Euro in 2010 und um 30 Millionen Euro in 2011.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Sie haben es noch nicht begriffen, Frau Schwebs.
Das sind Einnahmerückgänge.)

Das ist die Wirkung des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes im FAG.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Das habt ihr eingeführt.)

Und letztlich, jetzt kommt es, werden im Saldo lediglich 40 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr über den Fonds bereitgestellt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das hat das Verfassungsgericht bestätigt.)

Das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein, wenn wir bedenken, wie viel den Kommunen insgesamt weniger an Zuweisungen in den nächsten beiden Jahren zur Verfügung steht. Von einer aufgabengerechten Finanzausstattung sind wir auch mit dem kommunalen Fonds nach wie vor weit entfernt.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist aber auch nicht sein Ziel und Zweck, Frau Schwebs.)

Da hilft es auch nicht, wenn Sie diesen Fonds ständig schönreden. Am Ende erweisen Sie den Kommunen damit einen Bärendienst und keine Wohltat.

(Harry Glawe, CDU: Sagen Sie doch mal, was Sie wollen. Sie sagen ja nicht, was Sie wollen.)

Ja, aber Sie gleichen ja die konjunkturbedingten Mindereinnahmen auch nicht aus mit dem Fonds, Herr Nieszery.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wer gleicht denn unsere aus? Wer gleicht denn unsere aus, Frau Schwebs? Wer gleicht denn unsere aus? Erklären Sie es mir doch mal! Erklären Sie es mir mal!)

Ja, das Land pocht natürlich darauf, keine neuen Schulden zu machen, aber die kommunale Familie soll eben Schulden machen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wir müssen den Gürtel auch enger schnallen, dann müssen sie es auch tun. So ist es.
So einfach ist das Spiel.)

Ja, wir geben die Schulden eigentlich nur weiter und erwarten, dass die kommunale Familie sich an den eigenen Haaren aus dem Sumpf zieht.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Und es ist Ihnen eigentlich egal, was dabei in den Kommunen alles auf der Strecke bleibt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Deswegen machen wir ja den Fonds.)

So sieht Ihre Schicksalsgemeinschaft nämlich aus. Wir geben es einfach weiter.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Die guten Menschen von den
LINKEN! Um Gottes willen!)

Der Ausgleichsfonds ist unserer Auffassung nach zum jetzigen Zeitpunkt erstens falsch und zweitens ist die Beteiligung des Landes in diesem Zusammenhang völlig unzureichend.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das ist solidarisch. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das hat doch nichts mit „solidarisch“ zu tun. –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ihnen bleibt ja nichts weiter übrig, die kriegen den ja übergeholt, Herr Glawe.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Sagen Sie doch, ob sie den haben wollen,
Frau Schwebs, oder nicht! Gehen Sie doch
zu den Bürgermeistern und fragen Sie die,
ob sie den haben wollen, oder nicht!)

Grundsätzlich, meine Damen und Herren, sind wir natürlich auch dafür vorzusorgen.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Und wir bleiben dabei: Vorsorge ist richtig, aber Fürsorge auch.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wissen Sie, was Sie
da für eine blamable Vorstellung abgeliefert
haben? Blamabel war das. Sie haben
überhaupt keine Ahnung davon.)

Die Fürsorge, meine Damen und Herren, kommt mit dem Kommunalen Ausgleichsfonds entschieden zu kurz. Im Gegenteil, das Ganze erinnert eher an ein Kuckucksei, das der kommunalen Familie ins Nest gelegt wird, und sie kann dann mit den Folgen fertigwerden. Unsere Vorschläge zur Änderung des FAG oder zur Zahlung von Sonderleistungen an die Kommunen, die die Einnahmeausfälle zumindest teilweise ausgleichen könnten, haben Sie ja alle vom Tisch gefegt. Auf zusätzliche Zuweisungen aus dem Landeshaushalt sind die Kommunen aber angewiesen, wenn sie ihre Aufgaben in den nächsten Jahren erfüllen wollen.

Der Innenminister Herr Caffier meinte, der Ausgleichsfonds sei ein Fonds von den Kommunen für die Kommunen.

(Harry Glawe, CDU: Recht hat er. Recht hat er.)

Na ja, die Entscheidung darüber, Herr Glawe, genau das ist es nämlich, ob er geschaffen wird oder nicht, die treffen aber nicht die Kommunen,

(Harry Glawe, CDU: Da hat er recht.)

sondern die treffen wir hier im Landtag,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Gott sei Dank! Gott sei Dank!)

also nicht Kommunen für Kommunen. Und die Kommunen entscheiden ja auch nicht darüber, ob und wie sie den Fonds nutzen,

(Irene Müller, DIE LINKE: Genau so.)

sondern sie bekommen die Gelder zugewiesen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wieso? Darüber
freuen die sich. Darüber freuen die sich.)

Also

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das ist
kommunale Selbstverwaltung, Frau Schwebs.)

mit den Schlüsselzuweisungen ...

Jawohl.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Wollen Sie das vorschreiben?)

Aber es ist kein Fonds ...

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wollen
Sie vorschreiben, was die machen?
Das werden die schon ganz alleine wissen,
Frau Schwebs. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Aber es ist ...

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Das ist kommunale Selbstverwaltung, wenn man die Schulden oktroyiert kriegt?

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Helmut Holter, DIE LINKE)

Lassen Sie es mich noch mal kurz sagen: Es ist kein Fonds der Kommunen für die Kommunen, sondern es ist eine Idee der regierenden Koalitionsfraktionen SPD und CDU,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

mit deren Folgen die Kommunen neben den konjunkturbedingten Mindereinnahmen eben auch noch fertigwerden müssen in den kommenden Jahren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ja, von den Spitzenverbänden.)

Meine Damen und Herren, ich sagte es bereits, wir werden der Überweisung Ihres Gesetzentwurfes nicht zustimmen.

(allgemeine Unruhe – Beifall bei
Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Oh! –
Regine Lück, DIE LINKE: Die
Rednerin war fast nicht zu verstehen.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Schwebs.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Löttge für die Fraktion der CDU.

Mathias Löttge, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Liebe Frau Schwebs, wissen Sie, die Argumente, die Sie heute vorgetragen haben, und das haben Sie ja eingangs auch erwähnt, sind die gleichen, die Sie schon in der Aktuelle Stunde vorgetragen haben.

(Egbert Liskow, CDU: Das hat so einen langen
Bart. – Zurufe von Angelika Peters, SPD,
und Irene Müller, DIE LINKE)

Und tatsächlich, wenn Sie auch sagen, dieser Fonds der Kommunen für die Kommunen wäre alleine eine Idee der Koalitionsfraktionen, und das wäre nicht so, dann sage ich Ihnen eines: Wir haben wenigstens Ideen, wir bieten Lösungen an, wir bieten konkrete Lösungen an.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Oh! –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Meine Damen und Herren, was nützt es denn, die Lösungen, die wir als Koalitionäre anbieten, infrage zu stellen, wenn man keine eigenen Alternativen hat?

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Barbara Borchardt, DIE LINKE: Bla, bla, bla!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir sind ganz klar der Meinung, dass der heute vorgelegte Gesetzentwurf zum Kommunalen Ausgleichs-

fonds richtig und notwendig ist. Dieser wird den Kommunen in der jetzigen angespannten Haushaltslage entscheidend helfen und langfristig zu einer Verstetigung der Einnahmen der Kommunen führen.

Ich möchte aber auch noch einmal eines deutlich sagen: Wir haben unser Versprechen gegenüber den Kommunen gehalten. Es gilt also, wir lassen die Kommunen nicht im Regen stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Birgit Schwebs, DIE LINKE: Die kommen vom Regen in die Traufe damit.)

Meine Damen und Herren, die, die diese Lösung ablehnen, müssen sich dann hinterher aber auch sagen lassen, sie lassen die Kommunen im Regen stehen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das sehen wir aber anders.)

Dass wir die Kommunen nicht im Regen stehen lassen, das sieht man auch an den Zahlen. Immerhin werden die Städte, Gemeinden und Landkreise wesentlich mehr Geld zur Verfügung haben in dieser schwierigen Situation, zum Beispiel die Stadt Neubrandenburg 2,4 Millionen Euro unter Berücksichtigung der aktuellen Novembersteuerschätzung, die Landeshauptstadt Schwerin ohne die zusätzlichen Hauptstadtszuweisungen 3,5 Millionen Euro. Aber ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das brauchen die alles nicht. Das haben wir ja von Frau Schwebs eben gehört. Das brauchen die alles nicht.)

Richtig, das Gefühl habe ich auch, das brauchen die alles nicht.

Aber, meine Damen und Herren, auch die kleineren Städte und Gemeinden werden nachhaltig profitieren,

(Udo Pastörs, NPD: Mehr Schulden haben.)

zum Beispiel Güstrow wird über 700.000 Euro mehr erhalten und die Stadt Teterow 200.000 Euro. Das Gleiche gilt auch für die Landkreise, beispielhaft seien hier der Landkreis Bad Doberan mit knapp 2 Millionen Euro zusätzlich und der Landkreis Uecker-Randow mit über 1,4 Millionen Euro genannt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das reicht nicht mal, um die Kreisumlage auszugleichen.)

Meine Damen und Herren, ich will es deutlich sagen – wir haben gestern gerade im Kreisausschuss in Nordvorpommern zusammengesessen –, dieser Ausgleichsfonds, dieser Kommunale Ausgleichsfonds hat uns die Möglichkeit gegeben, im Landkreis Nordvorpommern die Kreisumlage

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Zu senken, zu senken!)

um 0,6 Prozent abzusenken. Also sagen Sie doch nicht immer, es funktioniert nicht. Es funktioniert schon, wenn man vernünftig daran arbeitet und auch eine vernünftige politische Auseinandersetzung in den Kreistagen führt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, aber man muss es wollen. Man muss es wollen. – Harry Glawe, CDU: Sehr richtig.)

Meine Damen und Herren, mit dem Kommunalen Ausgleichsfonds werden sich die durchschnittlichen

Bezüge pro Einwohner für die kreisfreien Städte um circa 36 Euro, für die kreisangehörigen Gemeinden um circa 23 Euro und für die Landkreise durchschnittlich um circa 19 Euro erhöhen.

Ein wesentlicher Punkt der vorgeschlagenen Lösung ist, dass der Fonds sich strikt an der Systematik des FAG orientiert. Die geplante Verstetigung der kommunalen Finanzausstattung erfolgt durch die Erhöhung der Zuführungen nach dem FAG um die entsprechenden Mittel aus dem Fonds. Diese unterscheiden sich in der Verteilung gerade nicht von den anderen FAG-Mitteln.

(Harry Glawe, CDU: Sehr richtig. Das ist ganz wichtig.)

Insbesondere gibt es keine fondsspezifischen Zweckbindungen. Die Finanzierung des Fonds soll durch Zuführung aus den Finanzausgleichsleistungen des Landes nach Paragraph 7 FAG erfolgen, welche aus positiven Abrechnungsergebnissen resultieren.

(Michael Roolf, FDP: Zinseinsparungen.)

Des Weiteren können Kredite bis zur Höhe von 150 Millionen Euro aufgenommen werden, wie dies jetzt in Höhe von 37,3 Millionen Euro für die Jahre 2010 und 2011 vorgesehen ist. Das heißt also, dass der Fonds bei entsprechend besserer Finanzlage aus den erhöhten FAG-Mitteln bedient werden soll. Für die jetzt aufgenommenen Kredite bedeutet dies, dass diese also aus positiven Abrechnungsbeträgen der FAG-Mittel zurückgezahlt werden sollen.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Die Behauptung, dass durch diese Lösung auch Kommunen, die gar keinen Bedarf haben, dazu gezwungen würden, wie sie eben auch gerade wieder aufgestellt wurde, Kredite aufzunehmen, ist also zumindest stark irreführend, um nicht zu sagen, schlichtweg unrichtig.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Genauso ist es.)

Die Kreditaufnahme wird zentral über den Fonds abgewickelt und die Tilgung wird ebenfalls durch die Mittel des Fonds, die in Zukunft über die genannten Zuführungen dem Fonds zufließen, erfolgen.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Auch der Vorwurf, es handele sich um einen Schattenhaushalt, greift, meine Damen und Herren, in keiner Weise, denn der Stabilisierungsfonds geht von seinem Zweck ja weit über ein einfaches Sondervermögen hinaus.

(allgemeine Unruhe)

Er dient der Verstetigung der Zuweisungen des Landes an die Kommunen und stellt insofern in besonderem Maße eine konjunkturabhängige kommunale Einnahmequelle dar.

(Michael Roolf, FDP: Schattenhaushalte. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Bleiben die Zuweisungen, deren Höhe sich an den positiven Abrechnungsbeträgen nach Paragraph 7 Absatz 5 FAG bemisst, in einem Jahr mit schlechter Konjunktur hinter einem längerfristigen Trend zurück, wird die Differenz durch Kredite aufgestockt. Umgekehrt wird in Jahren mit guter Konjunktur derjenige Teil der Zuweisungen, der über dem längerfristigen Trend liegt, zur Tilgung früher aufgenommenen Kredite beziehungsweise zum Aufbau einer Rücklage, sprich einer Konjunkturausgleichsrücklage, verwendet.

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Fonds hat somit keineswegs nur den Zweck, die jetzt anfallenden Kredite zu finanzieren. Er kommt genauso in der Zukunft zum Tragen, um bei positiver Finanzlage Rückstellungen für zukünftige Krisen zu tätigen. Hätte man diesen Fonds bereits in den letzten Jahren eingeführt, könnten die jetzigen zusätzlichen Bedarfe bereits daraus gedeckt werden.

(Udo Pastörs, NPD: Ach, wie schön!)

Bedauerlicherweise startet aber dieser Fonds aufgrund der schwierigen aktuellen Lage infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

und der daraus resultierenden Einnahmeverluste mit einem negativen Ergebnis.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Dies, meine Damen und Herren, stellt in der Tat ein Problem bei der vorgeschlagenen Lösung dar.

(allgemeine Unruhe)

Allerdings sind die Rückführung der Mittel und der Aufbau einer Rücklage gerade als Kernstück des Fonds mit dem vorgelegten Gesetzentwurf geregelt.

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich an dieser Stelle noch kurz auf einige Vorwürfe des Städte- und Gemeindetages eingehen,

(Irene Müller, DIE LINKE:
Die freuen sich wie verrückt.)

der den Gesetzentwurf zum Kommunalen Ausgleichsfonds grundsätzlich ablehnt. Es wird insbesondere kritisiert und als Problem dargestellt, dass das Geld, was über den Fonds bereitgestellt wird, in vollem Umfang zurückgezahlt werden muss. Dies ist aber nur teilweise richtig. Im Übrigen ergänzen wir das, was wir über den Fonds zur Verfügung stellen, mit anderen Mitteln, das heißt, wir stellen eine Kofinanzierungshilfe in Höhe von 10 Millionen Euro zur Verfügung. Es erfolgt eine Festschreibung der Mindestweitergabe der Wohngeldeinsparungen in Höhe von 14,5 Millionen Euro in den Jahren 2010 und 2011. Die Zuweisung an die Hauptstadt Schwerin wird um 1,5 Millionen Euro pro Jahr erhöht und des Weiteren werden die Zinsen der ausgereichten Kredite bis in das Jahr 2015 – das entspricht einer Höhe von 20,2 Millionen Euro – durch das Land getragen. Alle diese genannten Mittel, meine Damen und Herren, müssen nicht zurückgezahlt werden.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Die Mittel des Fonds selbst können aber bei vernünftiger Betrachtungsweise durch unser Land tatsächlich nicht als verlorener Zuschuss gewährt werden. Dies würde den Grundsatz des ausgeglichenen Haushaltes infrage stellen, dies würde eine hohe Neuverschuldung des Landes zur Folge haben und, meine Damen und Herren,

(Zurufe von Raimund Frank Borrmann, NPD,
und Stefan Köster, NPD)

es würde dem Gleichmäßigkeitsgrundsatz nachhaltig widersprechen.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Alles, was
über Jahre über den Haufen geworfen wurde.)

Auch die Bundesländer Rheinland-Pfalz und Sachsen haben ein ähnliches Fondsmodell und gewähren damit den Kommunen die notwendige Unterstützung.

Meine Damen und Herren, im Kern zielt die Argumentation des Städte- und Gemeindetages darauf ab, den Gleichmäßigkeitsgrundsatz infrage zu stellen. Dieser Grundsatz ist aber notwendig, um die Last der zurückgehenden Bundeszuweisungen und der abnehmenden Bevölkerungszahl, sprich demografischen Entwicklung, gerecht auf Land und Kommunen aufzuteilen. Dementsprechend wurde dieser Grundsatz auch vom Verfassungsgericht bestätigt. Man darf das immer mal wieder in Erinnerung rufen.

Der Vorschlag der Landesregierung, die Finanzausstattung der Kommunen durch ein Sondervermögen des Landes zu stabilisieren, ist richtig. Gerade die Finanzknappheit der Kommunen in der aktuellen Krise zeigt, dass eine Verstetigung der Einnahmen notwendig ist. Zwar könnte zu diesem Zeitpunkt bemängelt werden: Warum haben wir diesen Fonds eigentlich nicht schon viel eher eingeführt? Wir sagen: Es ist nie zu spät für eine richtige Lösung.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Sehr richtig. –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Deswegen ist dieser Kommunale Ausgleichsfonds genau die richtige Lösung, die zur Problemlösung maßgeblich beitragen kann.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Udo Pastörs, NPD: Bravo!)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie herzlich bitten, der Überweisung federführend in den Finanzausschuss und mitberatend in den Innenausschuss Ihre Zustimmung zu geben. Ich freue mich auf eine konstruktive, gute und intensive Beratung,

(Udo Pastörs, NPD:
Immer dieselben Sprüchlein.)

die wir hoffentlich zügig im Interesse der Kommunen führen werden, nämlich – die Finanzministerin hat es schon gesagt, auch der Kollege Borchert hat es ausgeführt – es geht darum, den Kommunen dieses Geld zügig zur Verfügung zu stellen, schnell zur Verfügung zu stellen, um unser Versprechen tatsächlich zu halten, die Kommunen nicht im Regen stehen zu lassen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Löttge.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Leonhard für die Fraktion der FDP.

Gino Leonhard, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Entgegen der Kolleginnen und Kollegen der Linksfraktion kann ich für meine Fraktion ankündigen, dass wir uns einer Überweisung des vorliegenden Gesetzentwurfes der Koalition nicht verwehren werden,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Weil er gut ist, ne?)

zum einen, weil wir durchaus die Sinnhaftigkeit eines kommunalen Fonds nicht in Abrede stellen, und wir als Zweites zu der Erkenntnis gelangt sind innerhalb unserer

Fraktion, weil das offensichtlich der einzig verbliebene Rettungsanker für die Kommunen in diesem Land sein wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Aber, meine Damen und Herren, ich will deutlich für unsere Fraktion noch mal sagen, dass wir uns grundsätzlich dazu entschieden haben, Gesetzesentwürfe auch der Koalition in die Ausschüsse zu überweisen. Das tun wir auch in unserer Rolle als Oppositionsfraktion, eben gerade nicht, wie die Koalition mit unseren Gesetzesentwürfen und mit unseren Anträgen umgeht,

(Udo Pastörs, NPD: Oh!)

nämlich sie überhaupt nicht zu überweisen in die Ausschüsse.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Regine Lück, DIE LINKE: Genau. – Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Das ist im Wesentlichen auch bei der Oppositionsfraktion DIE LINKE so.

(Regine Lück, DIE LINKE: Genauso ist es. – Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE, und Udo Pastörs, NPD)

Aber ich will deutlich Kritik am Verfahren, am Gesamtverfahren, wie hier mit der FDP-Oppositionsfraktion umgegangen worden ist, üben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh!)

Ja, das gilt es dann auch noch mal deutlich zu hinterfragen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja, ja. – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Am vergangenen Dienstag, meine Damen und Herren, ist die Anfrage an die FDP-Fraktion herangetragen worden,

(Irene Müller, DIE LINKE: Eine schöne Schleimspur legen. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

hier heute eine Sondersitzung durchzuführen. Wir haben, wie jedem bekannt sein müsste, am Dienstag unseren Fraktionstag. Dort haben wir vorgeschlagen, diese Sondersitzung am Mittwoch durchzuführen. Dieses Verfahren ist nicht im Ältestenrat besprochen worden, auch das will ich hier deutlich sagen,

(allgemeine Unruhe)

sondern im Rahmen eines schriftlichen Umlaufverfahrens – wofür wir nicht gestimmt haben –

(Udo Pastörs, NPD: Das ist substanziell.)

ist letztlich dann gegen unser Einvernehmen hier heute diese Sondersitzung zum Tragen gekommen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Michael Andrejewski, NPD: Hat man Sie mit der NPD verwechselt?)

Und warum bestärkt uns das in diesem Gesamtverfahren? Das will ich noch mal deutlich machen, wie insgesamt auch mit unserem Antrag zur Bildung eines Stabilisierungsfonds umgegangen worden ist: Am 21. Oktober, meine Damen und Herren, haben wir hier in diesem Landtag mit einer 11-Stimmen-Mehrheit, das

will ich noch mal betonen, mit einer 11-Stimmen-Mehrheit gegen unsere Stimmen der FDP-Fraktion ein FAG beschlossen, was keine auskömmliche stetige Finanzierung der Kommunen in unserem Land zukünftig gewährleisten wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Michael Rooff, FDP: Sehr richtig.)

Am gleichen Tag hat meine Fraktion einen Dringlichkeitsantrag auf die Bildung eines Stabilisierungsfonds eingebracht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da waren wir schon längst dran, Herr Leonhard. Da brauchten wir auch so einen Fonds nicht. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Dieser Dringlichkeitsantrag ist durch die Stimmen der Koalition abgelehnt worden. Es kam nicht mal zu einer Beratung unseres Antrages. Und das, was hier jetzt von den Koalitionsvertretern vorgetragen worden ist, das haben wir auch schon mal gehört. Das ist uns gar nicht so wesensfremd,

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

sondern im Wesentlichen entspricht das sogar unserem Antrag, den wir hier eingebracht haben, meine Damen und Herren.

(allgemeine Unruhe – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh Gott, oh Gott! Haben Sie einen Gesetzesentwurf dafür abgeliefert, oder was? – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und am 18. November, meine Damen und Herren, gibt es eine Aktuelle Stunde der CDU mit dem Thema „Finanzausstattung der Kommunen durch Sondervermögen des Landes stabilisieren“.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja wunderbar, oder? – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ist das nicht schön?)

Und dann gibt es heute im Rahmen einer Sondersitzung diesen Gesetzesentwurf,

(Harry Glawe, CDU: Darüber haben wir doch lange genug diskutiert. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und alles ohne FDP, das ist doch wunderbar.)

der nach unserer Ansicht mit einer heißen Nadel gestrickt ist,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was?!)

denn damit versucht die Landesregierung, ein Finanzloch bei den Kommunen zu stopfen, welches sie selbst verschuldet hat.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Harry Glawe, CDU: Gino, mach mal nicht mehr so doll! – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Und es ist hier im Wesentlichen auch durch Herrn Borchert noch mal bestätigt worden, es ist seit Jahren eben keine Vorsorge getroffen worden durch das Land Mecklenburg-Vorpommern, meine Damen und Herren. Und wenn wir ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das müssen die Kommunen schon selber machen, Herr Leonhard. Das nennt man kommunale Selbstverwaltung.)

Und jetzt ist das Land natürlich nicht schuldig, sondern jetzt ist die neue Bundesregierung schuldig.

(Hans Kreher, FDP: Jawohl!)

Ja, das haben wir jetzt festgestellt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Vor allen Dingen Sie! Vor allen
Dingen Ihre Leute, Herr Leonhard!)

Das haben wir festgestellt: Problem und Ziel, Präambel!

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Gino,
das habe ich mir auch angestrichen.)

Aus der Präambel und der in der Koalitionsvereinbarung von CDU, CSU und FDP vom Oktober 2009 auf Bundesebene geplanten Steuerentlastung durch das Sofortprogramm ab 2010 besteht die Notwendigkeit, die kommunale Finanzausstattung zu stabilisieren.

(Michael Roolf, FDP: Und das sagt die CDU in Mecklenburg-Vorpommern.
Oh, oh, oh, oh, oh, oh!)

Das sagt die CDU in Mecklenburg-Vorpommern.

Und das bedeutet im Umkehrschluss ...

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Das bedeutet im Umkehrschluss, meine Damen und Herren: Wenn es keine neue Bundesregierung gegeben hätte, dann gäbe es auch keinen Kommunalen Ausgleichsfonds,

(Michael Roolf, FDP: Genau. –
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

meine Damen und Herren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh, das war aber eine gute Pirouette. –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Die schlechte finanzielle Ausstattung der Kommunen, das ist der Grund.)

Und man muss bedenken, wenn es, das muss wirklich auch ein schlechter Scherz sein,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

in Berlin bei der alten Großen Koalition geblieben wäre,

(Reinhard Dankert, SPD: Dann hätten wir die Krise auch gehabt. –
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

dann wären die Kommunen in unserem Land nach dem alten FAG völlig allein gelassen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig. –
Michael Roolf, FDP: Genau. –
Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Und bei diesen Widersprüchen bleibt es nicht, sondern es gibt noch mehr Widersprüche,

(Harry Glawe, CDU: Ja, aber viel mehr gibt es ja nicht.)

die ich Ihnen hier vortragen will. Der Ministerpräsident des Landes war auf dem Tourismustag am Wochenende

und er hat zu Recht das festgestellt, was wir als FDP maßgeblich mit in den Koalitionsvertrag verankert haben wollten auf Bundesebene.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ja, Steuersenkungen.)

Außerdem befürworte die Landesregierung die Pläne der neuen Bundesregierung, die Mehrwertsteuer für Übernachtungen zu senken.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Michael Roolf, FDP: Aha, aha, aha! –
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Und in dem Zusammenhang appellierte der Ministerpräsident erneut an die Tourismusbranche, die geplanten Entlastungen in noch bessere Qualität zu investieren.

(Udo Pastörs, NPD: Sie erzählen doch nur das, was Ihnen opportun erscheint. –
Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Michael Roolf, FDP)

Das ist schon sehr interessant.

Und, meine Damen und Herren, ich will auch einfach mal mit diesem Dogma Schluss machen. Wenn die Landesregierung und die Koalition hier immer wieder das geplante Wachstumsbeschleunigungsgesetz anprangern, dann sagen Sie endlich den Familien,

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Ute Schildt, SPD)

den Hunderttausenden Familien in diesem Land, dass sie keine steuerliche Entlastung und auch kein Kindergeld erhöht bekommen sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Reinhard Dankert, SPD: Viele kriegen ja auch keine Steuerentlastungen, weil sie kaum Steuern bezahlen. – Harry Glawe, CDU:
Kindergelderhöhung ist wichtig, Gino. –
Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Udo Pastörs, NPD)

So, meine Damen und Herren, das, was die Kollegen Müller von der SPD und auch der Kollege Nieszery hier schon immer wieder angekündigt haben, sie hätten sich weit, weit vorweg damit beschäftigt,

(Rudolf Borchert, SPD: Fragen Sie mal Ihren Kollegen Kubicki in Schleswig-Holstein, wie der das sieht!)

dazu sage ich: Sie hätten schon längst einen Gesetzesentwurf einbringen können, dann hätten wir uns die Aktuelle Stunde sparen können und wir hätten uns hier intensiv mit diesem Thema beschäftigen können.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gut Ding braucht Weile. Wir sind ja nicht solche Schnellhändler wie die FDP hier.)

Ja, meine Damen und Herren, Sie sehen, ich komme hier nicht weiter, weil wir auch nur begrenzt Zeit haben. Sie müssen diesen Vorwurf ausräumen, dass Sie das, was Sie für die Kommunen im Land in Anspruch nehmen, nämlich den Grundsatz der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit, hier strikt einhalten wollen.

(Harry Glawe, CDU: Jawoll!)

Und ich will an den Vorwurf des Bundes der Steuerzahler von einem Schattenhaushalt erinnern.

(Rudolf Borchert, SPD: Das haben wir ja jetzt widerlegt. Das haben wir ja widerlegt. – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Leonhard, Ihre Redezeit ist jetzt schon mehr als abgelaufen.

Gino Leonhard, FDP: Ja, meine Damen und Herren, Frau Präsidentin, wir werden nach abschließender Bewertung und nach Beratung und Beantwortung unserer Fragen uns in diesen Ausschüssen mit dem Thema befassen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Und endlich zustimmen, oder?!)

abschließend bewerten. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Leonhard.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Heinz Müller für die Fraktion der SPD.

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir am Anfang eine Wertung. Wenn ich die heutige Debatte höre – und ich muss hinzufügen, wenn ich viele Debatten höre, die draußen geführt und interessiert angezettelt werden –, dann muss ich feststellen, dass dies teilweise eine gespenstische Debatte ist.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, das ist wahr. – Regine Lück, DIE LINKE: Draußen und drinnen, das ist aber komisch.)

Und hier werden ganz offenkundig gezielt Gespenster aufgebaut,

(Udo Pastörs, NPD:
Das Zinseszinsgespenst geht um.)

hier werden diese Gespenster dann möglicherweise bekämpft, um sich selbst als Gutmensch zu präsentieren. Aber diese Gespenster gibt es gar nicht. Wir diskutieren über Gespenster, wo ich mir dann sage: Mein Gott!

(Udo Pastörs, NPD: Gibt es überhaupt welche?)

Und der Höhepunkt dieser gespenstischen Debatte, Frau Schwebs, war Ihr Beitrag.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Dr. Armin Jäger, CDU:
Richtig. Genau, richtig, Herr Müller. – Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Raimund Frank Borrmann, NPD)

Wenn ich zum Beispiel höre, dass das ja ganz furchtbar ist, dass das Land das einfach weitergibt, ja, meine Damen und Herren, was machen wir eigentlich, seit es dieses Land gibt?

(Udo Pastörs, NPD: Schulden! – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Was machen alle Bundesländer, die Kommunen haben? Und das sind alles Flächenländer. Sie geben einen Teil ihrer Steuereinnahmen und ihrer anderen Einnahmen an die kommunale Ebene weiter.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na, Gott sei Dank!)

Und genau das tun wir. Und wenn diese Einnahmen sinken, dann sinkt auch das, was wir weitergeben. Und da jetzt ein Krokodilsgeheule anzustimmen, Frau Schwebs, ihr gebt das ja einfach weiter – ja, bitte schön:

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Welche Alternative haben Sie denn zu einer solchen Weitergabe

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

und haben Sie nicht damals einem FAG, das den Gleichmäßigkeitsgrundsatz eingeführt hat, mit zugestimmt?

(Irene Müller, DIE LINKE: So ist es.)

Das heißt, das war unsere gemeinsame Politik und diese Politik ist auch vernünftig,

(Udo Pastörs, NPD: Schuldenpolitik ist immer vernünftig für die jetzige Generation.)

die kommunale Ebene an den Einnahmen zu beteiligen. Und das werden wir auch weiterhin tun.

Die nächste Gespensterdebatte, meine Damen und Herren, ist die Frage, die gerade von den LINKEN, teilweise aber auch von anderen gern aufgeworfen wird: Mit diesem Kommunalen Ausgleichsfonds löst ihr ja nicht alle Probleme. Da gibt es strukturelle Schwierigkeiten in den kommunalen Finanzen.

Meine Damen und Herren, wer so diskutiert – und da blicke ich jetzt auch zu den LINKEN –, den bitte ich doch, mir einmal zu zeigen, wo wir gesagt haben, dass dieser Fonds alle strukturellen Probleme der kommunalen Finanzausstattung löst.

(Rudolf Borchert, SPD: Das haben wir nie gesagt. Das haben wir nie behauptet. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist es.)

Das ist nie von uns behauptet worden und das ist nicht die Aufgabe dieses Fonds, sondern diese strukturellen Probleme werden wir nur durch eine große Anstrengung und durch eine Reihe von Maßnahmen in den Griff bekommen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Welche denn?)

Es ist nicht Aufgabe des Kommunalen Ausgleichsfonds,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Darüber kann man doch reden, Herr Ritter. – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

diese strukturellen Probleme zu lösen. Das ist es nicht.

Aber, meine Damen und Herren, und da muss ich dann mal zu der anderen demokratischen Oppositionspartei schauen, ich habe eher den Eindruck, Herr Kollege Leonhard, dass unsere strukturellen Probleme der kommunalen Finanzausstattung eher noch steigen werden. Wenn ich mir anschau – und da muss ich die derzeitigen aktuellen Gesetzgebungspläne im Bund ansprechen – und wenn ich sehe, wie jetzt versucht werden soll, einzelne Bundesländer durch eine bessere Beteiligung an Konjunkturpaketen zu kaufen,

(Zuruf von Michael Rooff, FDP)

wenn dann ganz einfach die kommunalen Interessen hinten runterfallen und wenn eine klare Klientel-

politik zugunsten Besserverdienender hier zulasten der Gemeinden gemacht wird,

(Michael Roolf, FDP: Ach, was macht denn Herr Caffier mit den Kommunen? Das ist doch nichts anderes. Was macht denn Herr Caffier mit den Kommunen?)

dann behaupte ich ganz eindeutig, das ist keine Politik, die unsere strukturellen Probleme mindern wird. Es wird sie vermehren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Harry Glawe, CDU: Das hat der Herr Kohl und der Herr Schröder auch schon gemacht, genau dasselbe.)

Also, meine Damen und Herren, der Kommunale Ausgleichsfonds hat die Aufgabe, in dieser Notsituation, in der sich die kommunale Finanzausstattung befindet, eine Hilfe anzubieten, eine konkrete Hilfe, eine Hilfe, die tatsächlich wirkt.

Und die immer wieder gestellte Frage: „Warum macht ihr das denn erst jetzt?“, liebe Kollegen von den LINKEN, dazu habe ich bereits in der Aktuellen Stunde etwas gesagt und ich kann das gern hier wiederholen. Das ist auch ein Lernprozess für alle, das ist auch ein Lernprozess für die kommunale Ebene. Wir haben mit Zustimmung aller, auch mit Zustimmung der kommunalen Ebene, Nachzahlungen, die eigentlich 2010 angestanden hätten, auf 2009 vorgezogen. Wir haben also genau das Gegenteil von dem gemacht, was eigentlich vernünftig ist, nämlich in guten Zeiten Rücklagen zu bilden für schlechte Zeiten. Wir haben das Gegenteil gemacht und alle haben mitgespielt.

(Rudolf Borchert, SPD: Das war ja populär. – Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Und heute wissen wir, dass dies vielleicht nicht so klug war. Und deswegen, wenn wir hier alle, auch und insbesondere die kommunalen Verbände, sagen, okay, lasst uns mal was anderes überlegen,

(Udo Pastörs, NPD: Lassen Sie uns noch was anderes probieren.)

ja, meine Damen und Herren, genau das tun wir. Genau das tun wir.

Wir leisten also Hilfe in der Not und wir machen langfristig das, was die Finanzministerin angesprochen hat, wir kommen zu einer Verstetigung der kommunalen Einnahmesituation,

(Udo Pastörs, NPD: Wir kommen zu einer Verstetigung der Schuldenlast.)

wir kommen zu mehr Planungssicherheit, aber wir kommen vor allen Dingen jetzt in dieser konkreten Notsituation zu einer Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung, und das ist auch gut so.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Und, meine Damen und Herren, die nächste Gespensterdebatte, die häufig geführt wird, ist die Debatte: Na ja, das sind ja nur Kredite.

(Michael Roolf, FDP: Die müssen auch zurückgezahlt werden.)

Also, meine Damen und Herren, heute ist der 1. Dezember, nicht der 6. Am 6. ist Nikolaus, Herr Ritter,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das weiß ich.)

und der bringt dann seinen Sack voller Geschenke mit.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was wollen Sie mir denn schenken, Herr Müller?)

Aber ich glaube nicht, dass wir in der Situation des Nikolaus sind, dass wir hier mit dem Füllhorn über das Land gehen und Geschenke verteilen können. Vielleicht wären wir ganz gut beraten, wenn wir uns auch über die Gesamtfinanzsituation unseres Landes und über die zukünftigen Perspektiven hin und wieder mal bewusst werden würden. Ich glaube, dann würde sich zeigen, dass solche Überlegungen, dass wir jetzt einfach aus dem Vollen schöpfen können und, wie die LINKEN im Innenausschuss beantragt haben, mal eben 150 Millionen Euro so nehmen und sie den Kommunalen schenken, im Moment sehr, sehr unrealistisch sind.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir haben immerhin etwas beantragt.)

Also, meine Damen und Herren, das Verfahren, das hier gewählt wird, ist ein kluges.

(Zurufe von Helmut Holter, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Das ist nämlich ein Verfahren, dass wir hier mit einer Kreditfinanzierung konkrete Hilfe leisten.

(Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Aber, und da kommt die nächste Gespensterdebatte, dieses sind keine individuellen Kredite einzelner Kommunen, sondern das ist ein, wie die Juristen so schön formulieren, rechtlich unselbstständiges Sondervermögen, das diese Kredite aufnimmt.

(Michael Roolf, FDP: Aber es bleibt eine Verbindlichkeit. Aber es bleibt eine Verbindlichkeit.)

Und keine Kommune hat jetzt eine zusätzliche Kreditbelastung in ihrem Haushalt, keine Kommune muss einen Antrag stellen,

(Irene Müller, DIE LINKE: Das hat keiner gesagt. – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

keine Kommune muss ihre Rechtsaufsichtsbehörde fragen, sondern dieses Geld kommt wie eine Schlüsselzuweisung in den Verwaltungshaushalt.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Und damit leistet es eine konkrete Hilfe für die Gemeinde.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Und die Beträge, meine Damen und Herren, also Oppositionspolitik kann man ja gut machen, Herr Ritter, mein Kompliment, gestern haben Sie das an einem Punkt geschafft im Innenausschuss, darüber werden wir noch reden, man kann sie auch schlecht machen, da habe ich dann mehr Beispiele als nur dieses eine.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Da sind Sie aber der Einzige, der Beispiele hat.)

Und schlecht machen heißt zum Beispiel, immer, wenn die Regierung, wenn die sie tragende Koalition etwas

Positives sagt, zu schreien: Ach, das ist ja viel zu wenig, wir würden noch 10 Millionen mehr geben. Ich wette, wenn wir die 10 Millionen Euro mehr geben würden, würde die Opposition schreien: Das ist doch viel zu wenig, da brauchen wir noch 10 Millionen mehr oben drauf. Dieses, meine Damen und Herren, halte ich nicht für eine kluge Oppositionspolitik.

Ich glaube im Gegenteil, dass wir mit dem, was wir hier zur Verfügung stellen,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Glauben hilft aber nicht.)

einen vernünftigen Weg finden, einerseits wirksame Hilfen für die Kommunen zu leisten, andererseits das, was in der Zukunft auch einmal abgetragen werden muss, nicht zu groß werden zu lassen.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Das
ist eine Erfahrung, die wünsche
ich Ihnen auch nicht unbedingt.)

Deswegen finde ich die Zahlen gut. Und Kollege Borchert hat für seine Heimatstadt Waren schon darauf hingewiesen, wie sich das auswirkt.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Wie sieht's denn in Plöwen aus?)

Kollege Löttge hat das, wie ich fand, sehr wirkungsvoll ergänzt. Und die Diskussionen, die da im Kreis Nordvorpommern geführt werden, sind doch bezeichnend und beispielhaft. Dieses Geld, meine Damen und Herren, das wir hier zur Verfügung stellen, wird auf einem vernünftigen Weg verteilt, und das ist vom Volumen her so viel, dass es eine wirksame Hilfe für unsere Städte, Gemeinden und Kreise leistet.

Also, meine Damen und Herren, fehlt nur noch eins. Und dieses eine, was noch fehlt – und da sind wir jetzt alle gefordert –, ist, dass dieses Geld schnell fließen muss, denn Geld, das ich heute habe, ist besser als Geld, das ich morgen bekomme.

(Udo Pastörs, NPD: Vielleicht. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Deswegen mein Appell an Sie und deswegen auch mein Dank dafür, dass wir hier in dieser Sondersitzung zusammensitzen, mein Appell an Sie, dass wir schnell und zügig in den Ausschüssen über diesen Gesetzentwurf beraten.

(Michael Roolf, FDP:
Was heißt denn das konkret?)

Schnell und zügig heißt aber nicht, dass wir nicht uns selber öffnen und uns selber den Raum geben, auch über einen guten Entwurf – und das ist ein guter Entwurf – noch einmal nachzudenken und noch einmal mit Betroffenen zu sprechen.

(Michael Roolf, FDP: Wann
soll denn die Zweite Lesung sein?)

Wir wollen hier etwas Gutes für die kommunale Ebene tun. Wir werden etwas Gutes für die kommunale Ebene tun,

(Harry Glawe, CDU: Sechs Wochen danach. –
Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

aber wir werden auch mit der kommunalen Ebene sprechen

(Peter Ritter, DIE LINKE: Also doch Nikolaus. –
Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

und wir führen solche Gespräche offen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Selbstgespräche.)

Und ich bin ganz sicher, wir werden am Ende etwas hinbekommen, was der kommunalen Ebene tatsächlich hilft

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

und was uns in diesem Land ein Stück weiterbringt.

(Udo Pastörs, NPD: Verschuldung.)

Deswegen bitte ich Sie um Überweisung federführend in den Finanzausschuss und mitberatend in den Innenausschuss. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Müller.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der NPD-Fraktion Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Das Finanzausgleichsgesetz ist vor wenigen Wochen beschlossen worden. Sie, meine Damen und Herren der Regierungskoalition, sprachen von einem seriösen Gesetzentwurf und heute sehen Sie sich schon veranlasst, mit einem Quasi-Nachtragshaushalt nachzubessern. Das Ganze verstecken Sie hinter der Bezeichnung „Kommunales Ausgleichsfondsgesetz“.

Was Sie hier abziehen, ist ein Gaunerstückchen, Frau Finanzministerin. Noch vor wenigen Wochen stellten Sie sich hin, als es um die Landesfinanzen ging, und spielten die seriöse Verwalterin der Staatskasse.

(Ute Schildt, SPD: Das ist sie ja auch. –
Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Doch was Sie da verwalten, ist ein 9 Milliarden großer Schuldenberg, den die Bürger des Landes nie mehr abtragen können.

(Zurufe von Michael Roolf, FDP,
und Raimund Frank Borrmann, NPD)

Nicht weniger als 430 Millionen Euro Zinsen per annum haben dafür die Steuerzahler des Landes zu berappen.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Und nun der Trick unter dem Namen Kommunalfonds. Sie spielen mit gezinkten Karten zum Nachteil der Kommunen ebenso wie der Landkreise und kreisfreien Städte. Tatsache bleibt, dass Sie sich das Geld leihen müssen, die Schulden jedoch den Kommunen aufbürden und großzügigerweise bereit sind, die Zinsen zu bedienen.

Meine liebe Frau Polzin,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Sie waren ja mal Lehrerin und da bleibt im rein theoretischen Bereich jeder Rechentrick ohne praktische Folgen. Sie stehen jedoch hier nicht mit Ihren Mathematikapriolen vor Viertklässlern, sondern Sie haben hier die Wahrheit zu sagen, und zwar den Bürgern dieses Landes,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das hat sie ja auch getan.)

wie es steuerpolitisch und haushalterisch weitergehen soll. Ich darf daran erinnern, dass die Landesregierung sich beim neuen FAG beharrlich geweigert hat, über die Verteilungsmasse konkrete Vereinbarungen zu treffen. Und nun versuchen Sie mit diesem Gesetz hier, an die Kommunen Schweigegeld zu zahlen, um damit zunächst einmal die Wogen zu glätten.

(Ute Schildt, SPD: Das ist doch Quatsch! Das ist doch Quatsch! –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist doch lächerlich, was Sie da erzählen, Herr Pastörs!)

Die 137 Millionen Euro – und Sie wissen das – sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das hilft.)

Wir von der NPD-Fraktion wiederholen nochmals – und ich tue dies mit größtem Vergnügen, liebe Frau Polzin –,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist nicht Ihre liebe Frau Polzin!)

dass Ihr gesamter Haushalt 2010 und 2011 Ihnen rechtzeitig vor den Landtagswahlen um die Ohren fliegen wird.

(Harry Glawe, CDU: Ja, ja.)

Ihr neues FAG bedeutet den Finanztod für die kleinen Gemeinden.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das verhindert auch Ihr neues Schuldenmachen nicht.

Wir haben ja auch in der Debatte um das FAG hier in diesem sogenannten Hohen Hause gehört, dass in den zurückliegenden, wirtschaftlich relativ guten Jahren mehr Geld verteilt werden konnte als in den vor uns liegenden. Da stellt sich doch die Frage, frei nach Schiller, „Der kluge Mann baut vor“: Warum hat die Landesregierung in den guten Jahren nicht einen Ausgleichsfonds auf Guthabenbasis geschaffen,

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

einen Fonds, der dann auch diesen Namen verdient hätte?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Weil die Kommunen das nicht wollten. Haben Sie es immer noch nicht verstanden?!)

Sie, Herr Dr. Nieszery, sind nicht mehr als ein Claqueur

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

und konstruktive Zwischenrufe habe ich von Ihnen bisher in diesem sogenannten Hohen Hause noch nie gehört.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Noch ein bisschen, ja, ja!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr ...

Udo Pastörs, NPD: Wir haben ja ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Noch mehr, Herr Pastörs!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter ...

Udo Pastörs, NPD: ... auch in der Debatte um das FAG hier in diesem sogenannten Hohen Hause gehört ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Machen Sie noch ein bisschen mehr, Herr Pastörs! Sie haben es einfach nicht verstanden, Herr Pastörs! Sie haben es einfach nicht verstanden, Herr Pastörs!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter Pastörs, ich bitte Sie, kurz zu unterbrechen. Ich weise die persönliche Beleidigung des Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion hier zurück.

Udo Pastörs, NPD: Das sind Wahrheiten, Frau Präsidentin.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter Pastörs, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf. Sie haben meine Bemerkungen hier oben nicht zu kommentieren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Er hat sich einfach nicht unter Kontrolle.)

Udo Pastörs, NPD: Da stellt sich doch die Frage, frei nach Schiller, „Der kluge Mann baut vor“: Warum hat die Landesregierung eben diesen Fonds nicht auf Guthabenbasis geschaffen, einen Fonds, der dann auch diesen Namen verdient hätte?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Weil die Kommunen es nicht wollten. Sie haben es immer noch nicht begriffen. Sie haben es immer noch nicht begriffen, Herr Pastörs. Sie haben es immer noch nicht begriffen.)

Sie haben leider nicht nur Ihre politische Existenz, sondern die wirtschaftliche Existenz unseres Bundeslandes auf Teufel komm raus an ein möglichst rasch eintretendes zukünftiges Wirtschaftswachstum gekettet.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

Ihre Logik lautet dann so: Ja, liebe Gemeinden und Städte, das Land leiht euch jetzt Geld, das ihr, wenn die Konjunktur wieder anspringt und die Steuereinnahmen sprudeln, locker zurückzahlen könnt. Und diese Art Finanzpolitik betreiben Sie schon seit fast 20 Jahren. Das Zurückzahlen der Schulden vertagen Sie ständig auf den Sankt-Nimmerleins-Tag.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie haben nichts, aber auch gar nichts begriffen, Herr Pastörs. Sie haben nichts begriffen. –
Zuruf von Sebastian Ratjen, FDP)

Meine Damen und Herren, Sie sind nichts anderes als Bankrotteure. Sie, Frau Polzin, schwadronieren, dass man um der zukünftigen Generationen willen keine Neuverschuldung zulassen dürfe,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

derweil Sie sich automatisch selbst die Diäten erhöhen und traditionell das Gegenteil tun, nämlich die Neuverschuldung in schwindelerregende Höhe treiben.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

300 Millionen Nettokreditaufnahmen werden es als Minimum bis 2011 sein, Frau Polzin. Davon sind wir überzeugt.

Wechselreitereien sind Gaunerstückchen. Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren der Regierung, betreiben Wechselreiterei zu Ihrem persönlichen Vorteil

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, ja, ja!)

und wollen eiskalt in widerlicher Weise

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist ja eine Unterstellung!)

die Zeche von diesen Fehlhandlungen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wissen Sie überhaupt, was Sie da reden?! Wissen Sie überhaupt, was Sie da reden?! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

die Sie begehen, den zukünftigen Generationen aufbürden.

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Meine Damen und Herren ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Gott sei Dank! Gott sei Dank!)

Udo Pastörs, NPD: Ich komme zum Ende: Noch ein abschließendes Wort zu Ihrem krankhaften Wachstums glauben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach! – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Was ist das für ein politisches System ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Der Abgeordnete Udo Pastörs beendet seine Rede bei abgeschaltetem Mikrofon. – Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – allgemeine Unruhe – Raimund Frank Borrmann, NPD: Ja, der Abgeordnete von der FDP durfte auch länger reden. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Herr Abgeordneter Pastörs, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf und mache Sie darauf aufmerksam, dass ein weiterer Ordnungsruf nach sich zieht, dass Ihnen das Wort für die heutige Sitzung entzogen wird.

Ich erteile dem Abgeordneten Herrn Borrmann einen Ordnungsruf für seine Bemerkungen.

(Udo Pastörs, NPD: Was hat er denn gesagt?)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ritter für die Fraktion DIE LINKE.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich bin ruhig. Ich bin so was von entspannt!)

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kennen Sie eigentlich das Markenzeichen dieser Koalition?

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Die hat doch gar keins. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das Markenzeichen dieser Koalition sind unausgereifte, handwerklich schlecht gemachte Gesetzentwürfe,

(Udo Pastörs, NPD: Das kennen Sie aus Ihrer Regierungszeit, Herr Ritter. Das war Kontinuität.)

die nicht einmal die Koalitionäre in den Ausschüssen selbst erklären können, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Und dazu gehört auch der heute vorgelegte Gesetzentwurf.

Sie reden in der Überschrift von Konjunktur und konjunkturbedingten Mindereinnahmen. Sie blenden dabei völlig aus, dass Sie mit Ihrer Haushalts- und Finanzpolitik seit 2006 zu dieser Situation sehr wesentlich, also zu diesen Mindereinnahmen sehr wesentlich mit beigetragen haben.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Herr Ritter!)

Und, lieber Kollege Nieszery, ich erinnere mich noch an die letzte Landtagssitzung,

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

als der Ministerpräsident voller Euphorie über den kommunalpolitischen Abend der SPD in Demmin gesprochen hat,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ja. Nur kein Neid, Herr Ritter!)

und hier mitteilte, dass alle Anwesenden verstanden hätten, wie ernst die Situation ist,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

und sehr dankbar sind, wie die Regierung hilft. Ich will Ihnen mal zitieren aus der „Demminer Zeitung“ vom 24.11., wie es wirklich war.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

So heißt es in dem Artikel, ich zitiere: „So verwies der Amtsvorsteher von Peenetal-Loitz, Hartmut Behrndt, jüngst beim kommunalpolitischen Abend der SPD-Landtagsfraktion auf die prekäre finanzielle Lage der Gemeinde Görmin.“

(Ute Schildt, SPD: Der hat eine Antwort gekriegt, Herr Ritter.)

„Trotz Verbrauchs aller Rücklagen und Streichung aller Kleinzuschüsse drohe dieser ein Defizit von 150.000 Euro.“ Zitatende.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Deswegen machen wir den Fonds, Herr Ritter. Deswegen machen wir ja den Fonds. – Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Und Sie glauben doch nicht etwa, dass die Mittel, die der Gemeinde Görmin zur Verfügung gestellt werden, ausreichen, um allein dieses Defizit zu tilgen?! Das glauben Sie doch allein nicht, Herr Dr. Nieszery!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist doch aber alles nicht nur konjunkturbedingt, oder?)

Und davon zu reden, dass Sie den Kommunen helfen, das ist die Mogelpackung,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Natürlich helfen wir den Kommunen. Nein, nein, nein! – Udo Pastörs, NPD: Schweigegeld ist das.)

die Sie hier den Kommunen vormachen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Fragen Sie mal die Bürgermeister! –
Barbara Borchardt, DIE LINKE: Herr Nieszery
kann immer nur dazwischenreden.)

Ein weiteres Markenzeichen dieser Koalition, meine sehr verehrten Damen und Herren: Diese Koalition will eine schwarze Null schreiben. Diese Koalition ist aber selbst schon eine rot-schwarze Null und diese Null schadet diesem Land. – Danke schön.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Renz für die Fraktion der CDU.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir müssen uns hier die Frage stellen, warum wir heute diesen Gesetzentwurf behandeln.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ja. –
Helmut Holter, DIE LINKE:
Die Frage ist berechtigt. –
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Und ich bin zumindest schon froh, dass bei den LINKEN und auch bei der FDP die Einsicht jetzt vorangeschritten ist, dass hier nicht das beschlossene Finanzausgleichsgesetz die Ursache bildet, was der eine oder andere Redner hier dann doch nicht ganz verstanden hat,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Na, ein paar Wochen eher hätte man
das schon einbringen können, oder?)

sondern dass die Ursache, dass wir heute diesen Gesetzentwurf behandeln, die Wirtschaftskrise ist, in der wir uns jetzt befinden.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig. –
Raimund Frank Borrmann, NPD: Ja, und ihr
seid die Ursache für die Wirtschaftskrise. –
Zurufe von Irene Müller, DIE LINKE,
und Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Und insofern, wenn dann die Hauptrednerin der LINKEN, Frau Schwebs, hier als Lösung eine Gemeindefinanzreform anbietet im Jahre 2012, 2014,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

vielleicht auch 2020 auf Bundesebene,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

dann frage ich mich, wie Sie jetzt hier die Krise bewältigen wollen.

(Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Und da fallen mir die alten Klassiker ein, Frau Borchardt: „Taten statt warten“, „Gestalten statt verwalten“.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Das wäre hier zutreffend.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Da kann ich Ihnen nur sagen: Wir müssen jetzt handeln und das tun wir mit dem vorgelegten Gesetzentwurf.

Und was noch obendrauf kommt bei Ihrer Politik, die Sie hier machen, dass Sie auch die Überweisung des Gesetzentwurfes ablehnen, also das können Sie nun gar keinem erklären.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Da sind Sie nun erstaunt, ne? –
Zurufe von Andreas Bluhm, DIE LINKE,
Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Irene Müller, DIE LINKE)

Damit fahren Sie ja knallharte Blockadepolitik zulasten der Kommunen.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Als wenn wir in der Lage wären, was
zu blockieren! Das ist ja lächerlich! –
Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Und Sie sind dafür dann mitverantwortlich, für diese Politik, die dazu führt,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Ach, hören Sie doch auf!)

dass wir in den Kommunen vorläufige Haushaltsführung haben et cetera.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Sie haben
doch die Mehrheit. Sie machen das schon.)

Und wenn Sie dann schon ankündigen,

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Deswegen gab es eine Sondersitzung,
weil Sie nicht fertig geworden sind.)

wenn Sie dann schon ankündigen, Herr Holter,

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Weil Ihr Gesetz schlecht ist.)

dass Sie möglichst ein langfristiges ...

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Die Kommunen lehnen das doch ab. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Fragen Sie
mal die Basis und reden Sie mal mit den
Leuten! – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wenn Sie dann schon ankündigen, Herr Holter, dass Sie hier ein langwieriges Verfahren haben wollen

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wir wollen ein
ordnungsgemäßes Verfahren, eine Anhörung.)

mit Anhörungen et cetera,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das machen wir auch.)

dann möchte ich Sie ganz einfach bitten, diese Position noch mal zu überdenken,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Deswegen
brauchen wir ein bisschen Zeit.)

auch im Interesse der Kommunen,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Es ist geboten, dass die Kommunen
angehört werden müssen. Gucken
Sie mal in die Landesverfassung!)

dass wir ein zügiges Verfahren hier an den Tag legen werden.

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Lesen Sie mal die Landesverfassung! –
Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Und wenn Sie mich da ganz persönlich fragen, was zügig heißt – das ist meine persönliche Auffassung –, ich wäre bereit, auch im Dezember hier dieses Gesetz schon zu beschließen für die Kommunen.

(allgemeine Unruhe –
Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion der NPD –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und insofern möchte ich Sie dann vor der Salamitaktik einfach warnen, ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr ...

Torsten Renz, CDU: ... dass Sie im nächsten Ausschuss ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Renz, einen Moment.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie doch, zumindest so viel Ruhe zu wahren, dass man den Redner überhaupt verstehen kann.

Torsten Renz, CDU: Und insofern möchte ich Sie dann einfach nur bitten, Ihre Verschleppungstaktik hier noch mal zu überdenken, nicht dass Sie im nächsten Finanzausschuss dann die Anzuhörenden benennen,

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

in dem Finanzausschuss darauf die nächste Scheibe sozusagen auf den Tisch legen. Handeln Sie verantwortungsvoll,

(Udo Pastörs, NPD: Das hatten wir schon mal.)

dass wir zügig im Gesetzgebungsverfahren vorankommen!

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ein Blick
in die Geschäftsordnung wäre praktisch. –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Was hier von mehreren Rednern angesprochen wurde, es wurde auch fairerweise zugegeben,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Bla, bla, bla!)

dass wir uns in einem ungünstigen Zeitpunkt hinsichtlich des Startes dieses Fonds befinden. Es wurde von der Finanzministerin zum Beispiel ziemlich treffend schon mal beschrieben.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Eine
gute konzeptionelle Arbeit machen Sie. –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Ich will Ihnen aber ganz konkret das auch noch mal anhand von Zahlen untersetzen, was hier nämlich abgelaufen ist in den letzten zwei Jahren.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Hauruckaktion.)

Im Jahre 2007 hatten wir 72 Millionen positive Abrechnungsbeträge und im Jahre 2008 45,5 Millionen. Das sind 117,5 Millionen positive Abrechnungsbeträge, die zur Verfügung standen. Genau diese Summe ist vorzeitig ausgezahlt worden.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Alle wollten das.)

Und Sie wissen ganz genau, dass die kommunalen Spitzenverbände dort federführend waren,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Alle wollten
das. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dass das passieren soll. Und wenn Sie das so konkret wissen wollen, dann ist es eben so gewesen, dass von diesen 117 Millionen schon 30 Millionen im Jahre 2008 ausgezahlt worden sind und im Jahre 2009 sozusagen zusätzlich an die Kommunen 64 Millionen Euro,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

die in das FAG hineingegangen sind.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Und genau mit diesen in der Summe 117 Millionen oder 117,5 Millionen positiven Abrechnungsbeiträgen

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Sonst wären die Auswirkungen der
Krise noch schlimmer gewesen. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

hätten wir diesen Fonds starten können. Aber auch das war nicht möglich und das sollte man der Fairness halber hier dann sagen.

Insofern frage ich Sie noch mal als Opposition – bei der FDP habe ich gehört, Sie wollen diesen Weg begleiten, das begrüßen wir –:

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Welche Alternativen bieten Sie hier an?

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das haben
Sie doch gehört im Innenausschuss.)

Ich habe keine Alternativen gehört. Ich habe gelesen in Ihrer Pressemitteilung, Herr Ritter, dass das Ganze ein Tropfen auf den heißen Stein ist.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig.)

Da kann ich Ihnen nur noch mal sagen, wir sind in der Wirtschaftskrise und wir schicken hier 137 Millionen. Und das bezeichnen Sie als Tropfen auf den heißen Stein!

(Zurufe von Irene Müller, DIE LINKE,
und Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Die weitere Kernaussage war: Das reicht bei Weitem nicht aus, das ist der Schrei nach mehr. Das ist so schwierig nicht. Am 26. haben Sie sich dann zu der von mir geäußerten Verschleppungstaktik hier geäußert, ohne eigene Alternativen zu benennen.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Anträge gestellt, Anträge, Herr Renz!
Nehmen Sie das mal zur Kenntnis!)

Nun habe ich gedacht, am 30. in Ihrer Pressemitteilung, Herr Ritter, kommt jetzt der große Wurf.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, genau.)

Da sagen Sie dann, direkte Zahlung von Sonderleistungen.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Ja, ist doch eine Alternative.)

Was das ist, das sollten Sie dann mal untersetzen. Ist das etwas anderes als Neuverschuldung? Als Hilfskons-

truktion sagen Sie dann noch mal wieder, Änderung des Finanzausgleichsgesetzes. Dazu haben wir uns ausgiebig ausgetauscht und ich denke, es war überzeugend, wie wir hier agiert haben.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Heute kommen Sie mit einer ausstehenden Gemeindefinanzreform,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Sie machen ein Gesetz nach dem
anderen, so, wie es Ihnen passt.)

die die Probleme der Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern zum heutigen Tag nicht löst. Sie müssen aufpassen, dass Sie nicht mit Ihrer Verschleppungstaktik hier die Kommunen vom Regen in die Traufe schicken.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Wer verschleppt
denn hier? – Helmut Holter, DIE LINKE:
Wir verschleppen überhaupt nichts. Sie
haben eine Sondersitzung beantragt,
weil Sie nicht fertig geworden sind.)

Insofern sage ich Ihnen nur: Stimmen Sie der Überweisung zu und verabschieden Sie mit uns diesen Gesetzesentwurf!

(Helmut Holter, DIE LINKE: Nein, weil Sie
nicht fertig geworden sind mit Ihrem Zeug.
Deswegen machen wir das doch heute hier.)

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Renz.

Ich schließe die Aussprache.

Es wurde vorgeschlagen, den Gesetzesentwurf der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 5/2992 zur federführenden Beratung an den Finanzausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der CDU, der FDP, Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE und der NPD angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren ...

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Zwei Enthaltungen bei der LINKEN!
Zwei Enthaltungen bei der LINKEN!)

Entschuldigung, die habe ich nicht gesehen. Dann korrigiere ich mich: zwei Stimmenthaltungen bei der Fraktion DIE LINKE.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Die nächste Sitzung des Landtages findet am Mittwoch, dem 16. Dezember 2009, 10.00 Uhr statt. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 10.33 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Jörg Heydorn, Vincent Kokert, Dr. Klaus-Michael Körner, Dr. Marianne Linke, Gabriele Měšťan und Dr. Gottfried Timm.